

Land, die bei der letzten Teuerungsaktion durch eine zu weit gehende Staffelung der Teuerungsbezüge zurückschlugen worden waren, durch eine Angleichung der Teuerungszuschläge und der Aufschläge zu den Kinderzuschlägen an die Sätze der Ortsklasse u. gehoben werden müßt. Wegen des einzufliegenden Weges gab nach längeren Erörterungen der Deutsche Beamtenbund, der eine Abänderung des Besoldungsgesetzes durch Erhöhung der Grundgebühren auf sein Programm geschrieben hatte, zu, daß dieser Weg gescheitert sei und aus zahlreichen anderen Gründen verzögert wirken würde. Die Organisationen werden sich deshalb zunächst — vorbehaltlich ihrer grundsätzlichen Fortsetzung bei der späteren Fortsetzung der Aktion — mit einer durch Gesetz erfolgenden Erhöhung der Teuerungsbezüge begnügen.

Den Hauptknotenpunkt bildete die Höhe der zu verlangenden Hilfe. Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund, der Gesamtverband deutscher Beamten und Staatsangehörigen-Gewerkschaften (Deutscher Gewerkschaftsbund) und der Gewerkschaftsbund hatten sich unter Führung des Ausschusses der Eisenbahner-Gewerkschaften (von denen sich aber die Reichsgewerkschaft ausgeschlossen hatte) auf einen für alle Beamten, Diätaire und Pensionäre gleichen Tag von 3800 Mark pro Jahr geeinigt, der auch für die Arbeitnehmer des Reiches in Form der Erhöhung der Stundenlöhne um 1,50 Mark maßgebend sein sollte. Der Deutsche Beamtenbund kam demgegenüber mit der Forderung von 3800 Mark für jeden Beamten heraus, was in seiner Besamtausstellung auf die Beamten und Arbeiter des Reiches, der Länder und der Gemeinden, auf die Wehrsoldaten, die Rentenempfänger usw. eine jährliche Mehrauswendung von 30 Millionen Mark verurteilt hätte. Eine solche Forderung war weder sachlich zu begründen, noch auch mit der Lage unserer Wirtschaft in Einklang zu bringen. In der Erörterung wurde dies den Vertretern des Beamtenbundes bewiesen, so daß sie schließlich die Notwendigkeit einer gesetzlichen Juristischsprachung ihrer Forderung anerkannten. Sie konnten sich aber, obwohl ihre Vertreter in einem eingesetzten Interessausschuß damit einverstanden waren, nicht dazu herbeilassen, den von den übrigen Spartenorganisationen vorgeschlagenen Tag von 3800 Mark anzunehmen, sondern wollten aus agitatorischen Gründen wenigstens den Schein wahren und forderten darum 4200 Mark. Darauf ließen sich die übrigen Organisationen nicht ein. An dieser Frage also schiederte ein einheitliches Vorgehen sämtlicher Organisationen.

Der Beamtenbund wird nun nach seine weitergehende Forderung — freilich ohne irgend welche Aussicht auf Erfolg — verfechten, während die anderen Spartenorganisationen ihre 3800-Mark-Forderung beibehalten werden.

Der Vorgang zeigt die völlige Urtelslosigkeit und Unfähigkeit der Leitung des Deutschen Beamtenbundes, die sowohl hinsichtlich der Form als auch hinsichtlich der Höhe ihrer Forderung jeglichen sachlichen Beweis schuldig blieb und ihren Mitgliedern das traurige Schauspiel einer ins Blaue hineinfordernden Organisation gedroht hat. Die Freiheitlosigkeit, mit der hier in einer Zeit tiefer Depressionen in Milliarden gewütet wurde, ist nicht zu überstreichen. Die Massen brauchen sind nicht mehr so unruhig, daß sie blindlings dem Nachlaufen, der die höchsten Forderungen stellt. Die Beamten prägen auch die Frage der Durchführbarkeit und erkennen es sehr wohl, daß diejenigen ihre besten Freunde sind, die sie nicht mit wohnsinnigen Hoffnungen speien. Besonders schlimm war das Verhalten der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnerbeamten und -arbeiter, die nach ihrem eigenen Eingeständnis an den übertriebenen Forderungen des Deutschen Beamtenbundes hauptschuldig ist und die auch im wesentlichen eine Beständigung mit den übrigen Spartenorganisationen verhindern wird. Es ist tief bedauerlich, daß durch solche Vorgänge die Sympathien der Bevölkerung mit der Beamtenchaft und ihren Befreiungen in hoher Grade beeinträchtigt werden. Mögen Regierung und Reichstag den Beamten die Unschuldlosigkeit solcher Führer nicht entgegen lassen.

### Lloyd Georges Rede im Unterhaus

London, 17. August. Bei seinen gestrigen Ausführungen im Unterhause über die russische Hungernot hob Lloyd George wiederholt hervor, daß niemand auf der Pariser Konferenz, ob er für oder gegen die Bolschewisten war, ein politisches Element in die Verhandlungen hinzubringen oder die Hungernot zu politischen Zwecken ausnützen wollte. Es könne nichts ohne die vollständige Zusammenarbeit mit der Moskauer Regierung in den Hungergebieten unternommen werden. Es müsse die vollständige Gewähr dafür vorhanden sein, daß alle Hilfe der in Not befindlichen Bevölkerung zugute kommt. Die Leute, die das Hilfswerk erwarteten, müßten selbst die Aufsicht darüber haben. Das Hilfswerk könne nur einen Erfolg haben, wenn es in den nicht besetzten Gebieten wohlaufenden russischen Bauern veranlaßt werden könnte, ihre Getreidevorräte gegen Lieferungen abzugeben, die vom Auslande kamen. Diese ausländischen Lieferungen könnten aber nur erfolgen, wenn die Sowjetregierung ihre Verpflichtungen bezüglich der bereits an Russland gewährten Lieferungen anerkenne. In Frankreich gebe es Hunderttausende von Menschen, die ihren letzten Pfennig

hergaben, um Russland zu helfen. In England befänden sich zahlreiche Personen, die ihre Waren nach Russland sandten und ihr Kapital dort anlegten. Wenn sich die Sowjetregierung Vertrauen schaffen wolle, das allein die Handelswelt dazu bewegen könne, im jetzigen Augenblick einzutreten, dann müsse sie erklären, daß sie ihre Verpflichtungen anerkenne.

Lloyd George fuhr fort: Die Sowjetregierung gebe zu, daß man den russischen Bauern dazu bewegen müsse, sein Getreide abzugeben, und daß der einzige Weg dazu die Beschaffung von Waren für die Bauern sei. Für die Beschaffung von Waren aber gebe es nur einen Weg, nämlich das Vertrauen der Handelswelt wieder zu gewinnen. Lloyd George schloß sodann die Rat, die der Krieg in allen Ländern hervorgerufen habe, und erklärte unter Beifall, die Washingtoner Vertragskonferenz komme nicht eine Stunde zu früh. Jedoch auch sie werde nicht genügen, wenn nicht eine dauernde Wachsamkeit der verbündeten Nationen in der Welt bestände, welche die Gewähr darbieße, daß Ereignisse und Händler niemals wieder die Welt in diesen Sumpf des Elends stürzen. (Beifall.)

A squith bezeichnete die Rede Lloyd Georges als die bestredigende Erklärung über die internationale Lage seit dem Waffenstillstande. Er befürchtete die bevorstehende Aufhebung des Deutschland auferlegten wirtschaftlichen Sanktionen und sagte, er hoffe, daß die Aufhebung der militärischen Verbesserung bald folgen werde. Im türkisch-griechischen Streit müssen die Alliierten strenge Neutralität bewahren. Asquith fragte bezüglich der österreichischen Frage, ob nach Ansicht Lloyd Georges die Deutschen und die Polen Gelegenheit erhalten würden, ihren Fall zu unterbreiten. Lloyd George nickte zustimmend. Auf die Frage, ob die Deutschen in dieser Hinsicht in genau dieselbe Lage versetzt würden, wie die Polen, obwohl Deutschland nicht Mitglied des Völkerbundes sei, nickte Lloyd George, wie es den Anschein hatte, ebenfalls zustimmend.

Thomas erklärte: Die Ansicht der Arbeiterpartei sei, daß Lloyd George bei der Neuerung über die österreichische Frage die überwältigende Mehrheit des englischen Volkes hinter sich habe. Dieses sei der Meinung, daß die französische Ansicht von einem geschmetterten, niedergetretene Deutschland den besten Interessen Englands und dem künftigen Weltfrieden widerspreche. Thomas bedauerte, daß Lloyd George es als notwendig befunden habe, die finanziellen Verpflichtungen Russlands zu erwähnen.

Barnes sagte, die Sicherheit Frankreichs beruhe nicht in der Beruhigung Deutschlands, sondern in der Schließung von Freundschaften in der ganzen Welt.

Tom Shaw erklärte: Er fürchtete, die dem französischen Vorgehen zugrunde liegende Politik sei nicht aus Angst vor Deutschland eingegangen, sondern vom Bestreben, die Vergewaltung des Landes an sich zu reißen und die hauptsächlichen Minenschätze Europas zu kontrollieren.

London, 17. August. Die Presse stimmt den gestrigen Aussführungen Lloyd Georges im Unterhause zu. "Daily Chronicle" schreibt: Die Entente werde weiter bestehen. Denn sie sei nicht nur für Großbritannien und Frankreich, sondern für den Weltfrieden notwendig. — Die "Times" hebt den außerordentlich ernsten Ton und den starken Wunsch Lloyd Georges hervor, den Frieden in Europa in engster Zusammenarbeit mit den Alliierten aufrechtzuerhalten und zu sichern. Es sei jetzt klar, daß die Entente aus den letzten Verhandlungen in Paris gestärkt hervorgegangen sei. — "Daily News" meint, die Rede des Premierministers sei eine Darlegung der aneinandergehenden Interessen Großbritanniens und Frankreichs.

### Die Leipzigser Prozeß

London, 17. August. Im Unterhause saute der Gentleman General, die Kritik des Reichsgerichts in Leipzig mäßigen vom deutschen Standpunkt aus gerechtfertigt werden. Der Richterhof habe aufrichtig verfügt, daß keine einzige der Beweise des Finanzministers, daß Deutschland im Jahre 1922 pünktlich seine Zahlungen leisten müsse gemäß den Londoner Zahlungsbestimmungen, die eine feste Jahreszahlung von 2 Milliarden und eine Ausfuhrzusage von 2 Prozent vorsehen, und gemäß dem Abkommen von Spa, daß Frankreich eine Beteiligung von 52 Prozent an den Reparationszahlungen Deutschlands aufzehre. Der Finanzminister kommt zu dem Schlus, daß Frankreich den Finanzminister im Jahre 1922 4½ Milliarden erwartet könne. Weiter erklärte der Finanzminister, daß die finanzielle Gefundung Frankreichs vollkommen von der Pünktlichkeit der von Deutschland 1922 zu leistenden Zahlungen abhänge. Nur dann werde es möglich sein, einer neuen Anleihe zu entgehen.

### Der französische Haushalt für 1922

Paris, 17. August. Der französische Finanzminister legte das Budget für 1922 vorgerückten Ausgaben vor, die 7.158.620.742 Franken umfassen, was eine Verminderung von 1.238.189.255 Franken gegen 1921 bedeutet. Bei seinem Bericht über die Einnahmen erklärte der Finanzminister, daß Deutschland im Jahre 1922 pünktlich seine Zahlungen leisten müsse gemäß den Londoner Zahlungsbestimmungen, die eine feste Jahreszahlung von 2 Milliarden und eine Ausfuhrzusage von 2 Prozent vorsehen, und gemäß dem Abkommen von Spa, daß Frankreich eine Beteiligung von 52 Prozent an den Reparationszahlungen Deutschlands aufzehre. Der Finanzminister kommt zu dem Schlus, daß Frankreich den Finanzminister im Jahre 1922 4½ Milliarden erwartet könne. Weiter erklärte der Finanzminister, daß die finanzielle Gefundung Frankreichs vollkommen von der Pünktlichkeit der von Deutschland 1922 zu leistenden Zahlungen abhänge. Nur dann werde es möglich sein, einer neuen Anleihe zu entgehen.

Sächsische Volkszeitung — Nr. 190 — 19. August 1921

### Aschenbrödel

Originalroman von Dr. E. Ebenstein  
Copyright 1919 by Greiner u. Comp. Berlin B. 90.

(Nachdruck verboten)

"Ich weiß es nicht, Mutter!" gestand er ehrlich. "Sie ist so durchdringend und durchdringend! Ich hoffte auf dich, daß du sie aufräumst machst... aufschnörbst... Frauen verstehen das ja viel besser als wir Männer. Und nun sagst du, ihre Weise könnte — Abjekt sein! Glaubst du, daß sie nicht nur Dr. Halbom ausweinen wollte, sondern — auch mir?"

"Wie soll ich das wissen, mein Sohn? Vielleicht — wenn sie dich nicht liebt vielleicht aber auch steht nur ihr Onkel dahinter."

"Herr Oppach? Was sollte er gegen meine Bewerbung haben?" fragte Berez sehr erstaunt.

Seine Mutter zuckt die Achseln.

"Das weiß ich noch nicht. Herr Oppach ist mir persönlich ja unbekannt. Ich neige nur, daß er seinen Stiefsohn seitens feindlich gegenübersteht und nach allem, was du mir über Brigittes Stellung in seinem Hause mitgeteilt hast, wäre es ja möglich, daß er... auch ihr feindlich gesinnt wäre."

"Du mußt so bald als möglich selbst zu Oppach gehen, Mutter, und Brigittes Adresse von ihm verlangen. Dir kann sie nicht verweigern."

"Das werde ich keinesfalls tun."

"Warum nicht?"

"Weil ich unbedingt erst mit Brigitte selbst sprechen will." "Und ich dachte... ich hoffte, du seiest gekommen, mir zu helfen, Mutter!"

"Nein, mein Junge, das war durchaus nicht der Hauptgrund meiner Rüte."

"Aber was sonst? Du bist so schrecklich geheimnisvoll in Bezug auf Brigitte, Mutter! Ich habe immer das Gefühl, du verbirgst mir etwas!"

"Vielleicht ist es so. Ich habe seinerzeit eine Mission übernommen, die ich nun erfüllen werde. Lediglich darum kam ich herüber. Aber nun genug davon, denn mehr kann ich dir für jetzt wirklich nicht sagen, mein lieber Junge. Wenn meine Mission erfüllt ist, dann verspreche ich dir, mich dafür doppelt stolz mit deinen Erfahrungen zu befehligen!"

Der junge Berez sah seine Mutter verdutzt an, aber er stellte keine Frage mehr. Denn er merkte wohl, daß sie Gründe haben müsste, auch ihm gegenüber vorläufig noch so zurückhaltend zu sein.

Zwei Tage später stieg er aufgeregt in das Zimmer seiner Mutter.

"Mutter, denke dir — Brigitte Ehardt ist gar nicht versteckt. Ich sah sie heute am Opernhaus. Sie stand auf der Plattform eines Straßenbahnwagens und ich hätte sie beinahe nicht erkannt, so verändert und elend sieht sie aus! Bleich, hohlwangig — als wäre sie krank gewesen! Wäre nicht Heilmann vor mir gegangen und hätte sie gegrünzt, ich hätte Heilmann nach und fragte ihn, seit wann sie zurück sei. Und nun kommt das Selbstverständliche: er behauptete, sie sei überhaupt nie fort gewesen, habe sich nur mit Oppach überworfen und dann heimlich das Haus verlassen. Damals, als man uns sagte, sie habe für die Meise, war sie schon lange fort!"

"Woher weißt du Herr Heilmann all dies?"

"Er will es durch einen Zufall erfahren haben."

"Gib es dir, Brigittes Mutter!"

"Er behauptet, sie nicht zu wissen. Auch über den Grund des Vermütnisses weiß er nichts, wie er sagt. Nur daß sie eben hier in Wien ist und sich eine Stellung sucht. Siel Brigitte — eine Stellung! Der bloße Gedanke daran zermalmt mich förmlich!"

"Aber ruhig, mein Junge, ruhig! Du bist ja wie von Sinnen!"

"Bin ich auch! Denke doch — während wir hier ruhig auf Ihre Rückkehr warten, ist sie möglicherweise den peinlichsten Widerrichtigkeiten ausgesetzt — ohne Geld vielleicht — auf sich allein angewiesen — ein so junges Wesen ohne Erfahrung! — Mutter! — er griff aufs Herz und stieß sie an, es muß sofort etwas geschehen! Du mußt zu Oppach!"

"Amar Berez schüttete bedächtig den Kopf.

"Damit wollen wir doch lieber noch warten, mein Junge! Erfahren würden wir dir kaum etwas. Keinesfalls die Wahrheit. Nein, nein, es ist besser, daß Herr Oppach vorläufig gar nicht erfaßt, wie sehr ich mich für das Schicksal seiner Tochter interessiere. Wir wollen sie früher selbst juchen."

"In dieser Stadtstadt? Über willst du sie am Ende mit der Polizei suchen lassen?"

"Nein, genaus nicht. Es muß ja auch aus anderen Gründen ganz unauffällig gelingen. Wir wollen uns an einen Polizeistation wenden, ihm eine formlose Geschichte erzählen und Brigittes Discretion einfordern."

### Unterbrechung der deutsch-französischen Wiederaufbauverhandlungen

Berlin, 17. August. Die deutsch-französischen Wiederaufbauverhandlungen sind unterbrochen, was auf die Teilnahme des französischen Wiederaufbauministers Loucheur an den Verhandlungen des Obersten Rates, sowie auf die anderweitige Beanspruchung des französischen Vertreters Tannea durch die Sitzungen der interalliierten Finanzkonferenz zurückzuführen ist. Tannea, der nach dem Wiesbadener Vertrag zwischen Mathias und Loucheur, sowie nach den Pariser Verhandlungen zur Fortsetzung der Verhandlungen nach Berlin gekommen war, hat, als er vor acht Tagen Berlin verließ, die Gegenüberstellung der deutschen Regierung an den französischen Vorschlägen in der Wiederaufbaufrage nach Paris mitgeteilt. Die Antwort aus Paris steht noch aus.

### Verleihung des Friedensvertrages durch die Saarregierung

Saarbrücken, 17. August. Eine von der Regierungskommission des Saargebietes veröffentlichte Verordnung enthält infolge einer Durchsetzung der Bestimmungen des Friedensvertrages, als sie den Mitgliedern und Beamten des obersten Gerichtshofs in Saarbrücken, für welche die deutsche Sprache als Amtssprache bestimmt ist, die Wahl lädt, den Dienstsitz in deutscher oder französischer Sprache zu leisten.

### Französische Wohnungsansprüche

Mannheim, 17. August. In zwei Minuten sind auf 5.000.000 Mark Offizierswohnungen gebaut worden. Obwohl die Baupläne die Genehmigung der Besatzungsbehörden fanden, so haben sie doch nicht den Beifall des Herren Offiziers gefunden. So lehnte der Oberst Allard die Dienstwohnung ab, verlangte ein Bürgerquartier, legte den Major Oppenheimer an die Luft und bezog dessen Räume. In gleicher Weise sorgte dieser Herr für seine Offiziere. Es scheint es sich zur Aufgabe gemacht zu haben, das letzte etwa noch vorhandene Sympathiegefühl für Frankreich mit Stumpf und Stiel auszurotten.

### Die französischen Mandate

Frankfurt a. M., 17. August. Die großen französischen Mandate, die ursprünglich infolge der großen Kriege nicht stattfinden sollten, sind nun nach einem Befehl des Kriegsministers doch statt, und zwar werden sie in der Pfalz, im Saargebiet und im Elsaß-Lothringen abgehalten. Frankfurt a. M., 17. August. Die großen französischen Mandate, die ursprünglich infolge der großen Kriege nicht stattfinden sollten, sind nun nach einem Befehl des Kriegsministers doch statt, und zwar werden sie in der Pfalz, im Saargebiet und im Elsaß-Lothringen abgehalten.

### Die Friedensverhandlungen mit Amerika

Berlin, 17. August. Die "Chicago Tribune" behauptet, von zuständiger Seite erfahre zu haben, daß die deutsch-amerikanischen Friedensverhandlungen an einem stillen Punkte angelangt seien. Es sei zu befürchten, daß sie ganz eingestellt würden. Der Grund hieße sei die Forderung der Vereinigten Staaten, daß in den Vertrag eine Erklärung aufgenommen würde, daß Deutschland allein für den Kriegsauftakt verantwortlich sei. Das Blatt meint, wenn die deutsche Regierung diese amerikanische Bedingung annimmt, so seien ihre Tage gezählt. Es verlautet indes, daß die deutsche Regierung zu finden hoffe, die, ohne verschwendend für das deutsche Volk zu sein, Washington befriedigte. Aus Berlin wird dazu gemeldet, es linige sehr unwahrscheinlich, daß Deutschland noch einmal ein Schuldentnahmeverfahren solle. Von einer solchen Forderung der Washingtoner Regierung sei bisher auch nichts bekannt. Dagegen ist es richtig, daß die Verhandlungen nicht vom Flece kommen wollen, da mehrere der amerikanischen Forderungen sehr hart sind. Man darf jedoch hoffen, daß die Verhandlungen, die u. a. zwischen dem Reichsminister Dr. Börsig und dem amerikanischen Geschäftsträger Dreier geführt werden, bald zu einer Einigung führen werden.

### Schwerer Zusammenstoß zwischen Polen und Engländern

Berlin, 17. August. Nach einer Meldung aus Oppeln ist es gestern abend in Nowowidz zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Insurgenten und Engländern gekommen. Die Insurgenten ließen drei Tote zurück; auch die Engländer hatten Verluste. Englische Truppen haben längst der polnischen Armee mit der Anlegung von Drahthäuschen begonnen.

Rosenberg, 17. August. In der Nacht zum Montag kam es bei den Dörfern Sternitz und Koslowitz an der polnischen Grenze zu einem Gefecht mit regulären polnischen Truppen, denen es gelang, durch eine umfassende Bewegung die beiden Dörfer zu nehmen. Nachher verließen deutsche Truppen langsam nach heftigem Kampfe die Grenze zu treiben.

Berlin, 17. August. Aus Mainz wird gemeldet, daß am Montag zwei französische U-Bootschergen mit Verstärkungen für Oberschlesien Mainz verlassen haben.

"Ja — so ginge es vielleicht."

"Es geht gewiß. Wir brauchen ja auch nichts als die Adresse. Das weitere ist meine Sache. Ich hole mir dann Brigitte und lasse sie nicht mehr von mir. Die Macht dazu besteht ich Gott und dann wollen wir uns auch näher mit Herrn Oppach beschäftigen," schloß sie mit einem seufzenden Lächeln.

&lt;p